

grün journal

Das Magazin der Grünen-Fraktion in der Bremischen Bürgerschaft

INHALT

Haushalt

Die Koalition fördert Bildung und Wohnungsbau. **S. 2/3**

Insektensterben

Bremen muss Insekten mehr Lebensräume bieten. **S. 4**

§ 219a streichen

Die Grünen-Fraktion hat mit einem Antrag die Abschaffung des § 219a im Strafgesetzbuch gefordert. Das ist nötig, damit ÄrztInnen in ihrer Aufklärungspflicht über Schwangerschaftsabbrüche nicht eingeschränkt werden und Frauen ihr Recht auf freie Arztwahl wahrnehmen können.

Impressum



Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN
in der Bremischen Bürgerschaft

Altenwall 25, 28195 Bremen
Tel.: 0421 / 3011-0

E-Mail: fraktion@gruene-bremen.de

ViSdP: Matthias Makosch

Texte: Matthias Makosch

Fotos: iStockphoto

Druck: Geffken & Köllner, Bremen

Glyphosat verbieten



Bremen setzt sich auf Bundesebene für ein nationales Verbot von Glyphosat und eine Reform der Zulassungsverfahren ein, bei denen künftig die indirekten Auswirkungen eines Mittels auf die Umwelt beachtet werden sollen. Im Stadtstaat selbst sollen Genehmigungen für den Einsatz des umstrittenen Herbizids nicht länger erteilt werden. Die Bremer Straßenbahn AG muss folglich fortan auf Alternativen zurückgreifen, um ihre Schienen von Pflanzen freizuhalten. Das hat die Bürgerschaft jüngst auf Initiative der Grünen-Fraktion beschlossen.

„Bremen muss glyphosatfrei werden. Glyphosat und andere Pestizide tragen zum dramatischen Insektensterben in der

Bundesrepublik bei. Das hat verheerende Folgen für die biologische Vielfalt. Verschwinden die Insekten, fehlt es Blüten an Bestäubern, Vögeln an Nahrung und Schädlingen an natürlichen Feinden. Auf einer mit Glyphosat behandelten Fläche wächst außer gentechnisch veränderten Pflanzen nichts mehr. Die hochindustrialisierte Landwirtschaft mit ihrem massiven Pestizideinsatz und ihrer Abhängigkeit von wenigen Chemie-Konzernen ist eine Sackgasse. Für den Schutz der Artenvielfalt müssen wir die Notbremse ziehen. Dazu gehört, Ackergifte wie Glyphosat zu verbieten“, betont die Fraktionsvorsitzende Maike Schaefer.

[Mehr zum Thema auf Seite 4](#)



Wohnraumförderung auf Weg gebracht

Koalition stellt im Haushalt mehr Mittel für zusätzliche Studiwohnheime bereit. Mehr Geld gibt's auch für ÜbungsleiterInnen, Altenpflege und Lärmschutz.

Der rot-grüne Senat hatte dem Parlament für die letzte Etappe der Konsolidierung die Haushalte für 2018/19 vorgelegt, die mit Millionen-Investitionen in Schulen und Kitas, Sicherheit, saubere Stadt, Klimaschutz, Wirtschaftsstandort und digitalen Bürgerservice die richtigen Schwerpunkte setzen. Die Koalitionsfraktionen haben dies um zusätzliche Mittel ergänzt, um insbesondere mehr Wohnraum für Studierende und junge Familien zu

schaffen. Außerdem werden die Zuschüsse für ÜbungsleiterInnen erhöht, ein Sonderprogramm für Altenpflege aufgelegt, mehr Mittel für Lärmschutz und Barrierefreiheit bereitgestellt. Nicht zuletzt haben die Fraktionen auch zusätzliche Gelder für den Abriss von schrottreifen Behelfsheimen in Kleingartengebieten eingeplant. Gut 15 Millionen Euro kostet dieses Beschlusspaket. Ein Großteil davon wird durch zurückgestellte Zinsersparnisse bei

einem Kredit der Gewoba gegenfinanziert. Hinzu kommen Kürzungen um fünf Prozent bei den Dienstreisen der Verwaltungsbeschäftigten und bei allgemeinen Verwaltungskosten wie etwa Arbeitsmaterialien. Die Bürgerschaft hat den Doppelhaushalt mit diesen Änderungen beschlossen.

„Mit diesem Haushalt investieren wir in Bremens Nachwuchs. Der Etat des Ressorts für Kinder und Bildung steigt bis 2019 auf über 950 Millionen

Euro. Mit den zusätzlichen Millionen müssen der Ausbau von Kitas und Schulen beschleunigt, neue Ganztagschulen schneller eingerichtet, die Inklusion gestärkt sowie die Schulsozialarbeit und Sprachförderung ausgeweitet werden. Davon müssen insbesondere auch die Kitas und Schulen in sozialen Brennpunkten profitieren. Wir wissen aber auch um die angespannte Lage am Wohnungsmarkt. Um Familien mit Kindern in Bremen zu halten, schaffen wir Förderanreize für den Erwerb einer Immobilie gerade in benachteiligten Stadtteilen. Das kann dazu beitragen, diese Quartiere zu stabilisieren. Auch Studierende haben derzeit Probleme, günstige Wohnungen zu finden. Deshalb sorgen wir für zusätzliche Studierendenwohnheime“, erläutert der finanzpolitische Sprecher Björn Fecker.

Um den Wohnungsbau in Bremen weiter voranzutreiben, fließen in das dritte kommunale Wohnungsbauprogramm zusätzlich 40 Millionen Euro, die über einen Kredit der Bremer Aufbaubank finanziert werden. Damit Studierende leichter Wohnraum finden als bisher, werden mehr Studiwohnheime mit über 400 Plätzen gebaut. Dafür vorgesehen ist u.a. das Areal des Ellener Hofes, wo die Bremer Heimstiftung ein neues Quartier entwickelt. Auch in räumlicher Nähe zur Hochschule in der Neustadt, zur Uni in Horn-Lehe sowie zur Hochschule für Künste in Walle sind Wohnheime geplant. Ferner

soll ein Azubiwohnheim eingerichtet werden. Zudem legt die Koalition ein Förderprogramm auf, damit Familien mit Kindern ein Haus oder eine Wohnung in sozial benachteiligten Quartieren erwerben können. Damit sollen junge Familien gehalten und zugleich Stadtteile stabilisiert werden.

Neben den Beschlüssen zum Wohnen hatte sich die Koalition auf eine Reihe weiterer Änderungen verständigt. So wird die Übungsleiterpauschale erhöht. Um das ehrenamtliche Engagement in den Vereinen zu stärken, hebt Rot-Grün den Zuschuss für Aufwandsentschädigungen um 125.000 Euro pro Jahr an. Um die Gesundheit von Bahn-AnwohnerInnen zu schützen, finanziert die Koalition eine Lärmschutzwand an der Grönlandstraße. Kosten: 350.000 Euro. Damit verfallene Kaisenhäuser, für die eine Abbruchvereinbarung vorliegt, und die Vermüllung in Kleingartengebieten beseitigt werden können, steigt der Haushaltsansatz um 160.000 Euro auf insgesamt 260.000 Euro für beide Jahre.



Mehr Insektenschutz für Artenvielfalt

Bienen, Schmetterlinge, Libellen, Mücken – das Insektensterben in Deutschland hat dramatische Züge angenommen: Bis zu 80 Prozent beträgt der Schwund im vergangenen Vierteljahrhundert, wie die Auswertung von Langzeitdaten durch ein internationales Forscherteam der Uni Nijmegen ergeben hat. Die Daten wurden in 63 Naturschutzgebieten gesammelt, die fast alle in der Nähe konventionell bewirtschafteter Äcker liegen. Insbesondere Pestizide namens Neonicotinoide verbreiten sich auch im Boden und über Gewässer in der Umgebung – zwar sind die Zusammenhänge noch nicht restlos erforscht, aber die Hinweise auf eine wesentliche Rolle von Pestiziden beim Insektensterben verdichten sich. Daneben machen auch Flächenversiegelung, Bodenverdichtung, der Anbau von Monokulturen und Klimaveränderungen den Insekten zu schaffen.

„Kleine Insekten sind ökologische Riesen“

„Der Insektenschwund ist desaströs. Ohne Insekten kollabieren die Ökosysteme. Insekten sorgen dafür, dass gut 80 Prozent der Nutz- und Wildpflanzen bestäubt werden. Damit sichern sie landwirtschaftliche Erträge und Nahrungsquellen für viele Tierarten. Das Insektensterben



kann auch zu einem umfangreichen Artensterben führen, weil mit ihnen die Nahrungsgrundlage für viele Tiere verschwindet. Das zeichnet sich beim Vogelschwund bereits ab. Kleine Insekten sind ökologische Riesen. Wir müssen mehr für sie tun. Dazu gehört auch ein grundlegender Kurswechsel in der Agrarpolitik“, betont die Fraktionsvorsitzende Maike Schaefer.

Die Grünen-Fraktion hat einen Forderungskatalog mit geeigneten Maßnahmen für den Insektenschutz beschlossen. Neben einem raschen Verbot von insektengefährdenden Pestiziden auf EU- und Bundesebene macht sich die Fraktion auch für eine Reform der Zulassungsverfahren stark, bei denen künftig die indirekten ökologischen Folgen

berücksichtigt werden müssen. Ferner soll ein bundesweites Insektenmonitoring etabliert werden.

In Bremen wollen die Grünen u.a. öffentliche Parks, Verkehrsinseln und kommunale Friedhöfe mit insektenfreundlichen Blumen sowie Futterpflanzen für Schmetterlinge und Raupen bepflanzen wissen. Zudem sollen Wildblumenwiesen und Blühstreifen mit heimischen Wildstauden angelegt, kleine Baumgruppen gepflanzt und Insektenhotels aufgestellt werden. Zum Insektenschutz gehören auch der Erhalt wertvoller Grünflächen und die Beibehaltung der extensiven Landwirtschaft in Bremen.

Das ganze Positionspapier hier: www.gruene-fraktion-bremen.de